

## Christian Wulff wird ins Schloss Bellevue einziehen



Christian Wulff ist gestern von der Bundesversammlung zum neuen Bundespräsidenten gewählt worden. Nach drei benötigten Wahlgängen wurde er schließlich mit einer absoluten Mehrheit von 625 Stimmen gewählt. Somit ist er der zehnte Bundespräsident und zugleich der Jüngste der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. „Ich nehme die Wahl außerordentlich

sammlung gewählt worden sei und bedanke sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Zugleich dankte er seinem Mitbewerber Gauck, der ihm volle Unterstützung zugesagt hatte, für den „fairen Wettkampf“.

Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich erfreut über die Wahl und erklärte: „Christian Wulff ist jemand, der auf die Menschen zuge-



gerne und aus Überzeugung an und freue mich auf die verantwortungsvolle Aufgabe“, sagte Wulff nach seiner Wahl. Er freue sich, dass er von der absoluten Mehrheit der Bundesver-

hen wird, der auch schwierige Situationen für unser Land erklären wird, der aus meiner Sicht genau der Richtige ist, um in dieser Zeit Bundespräsident zu sein. Ich glaube, dass die absolute Mehrheit zum Ende des dritten Wahlganges auch deutlich gemacht hat: Hinter Christian Wulff steht eine große Mehrheit, die er auch in der Bevölkerung finden wird.“

Morgen wird Wulff auf sein Amt vereidigt werden.

## Christian Wulff



### Persönliches

**19. Juni 1959:** geboren in Osnabrück, verheiratet, 1 Tochter Annalena, 1 Sohn Linus Florian

### Berufliches

**seit 1990:** Rechtsanwalt in der Anwaltssozietät Dr. Funk, Prof. Dr. Tenfelde und Partner, Osnabrück (übt seinen Beruf gem. Art. 34 Abs. 2 Nds. Verfassung z. Zt. nicht aus)

**seit 1994:** Mitglied des Niedersächsischen Landtages

**1994 bis 2003:** Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

**seit 4. März 2003:** Niedersächsischer Ministerpräsident

### Politik

**1978 bis 1980:** Bundesvorsitzender der Schüler Union Deutschlands, Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands

**1979 bis 1983:** Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union

**1983 bis 1985:** Landesvorsitzender der Jungen Union Niedersachsen

**seit 1984:** Landesvorstandsmitglied der CDU in Niedersachsen

**1986 bis 2001:** Mitglied im Rat der Stadt Osnabrück

**1989 bis 1994:** CDU-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Osnabrück

**1990 bis 1994:** Vorsitzender des Bezirksverbandes der CDU Osnabrück-Emsland

**1991 bis 1994:** Mitglied der Grundsatzprogrammkommission der CDU Deutschlands

**1994 bis 2008:** Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen

**seit 1998:** stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands

**2006/2007:** Vorsitzender der deutschen Ministerpräsidentenkonferenz

## CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz (FVK) in Wiesbaden/Rüsselsheim Dr. Christean Wagner: „Schuldenbremse ist generationengerecht, stützt die Geldwertstabilität und sichert den politischen Handlungsspielraum der Länder“

Unter Vorsitz des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner haben die Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU aus den Landtagen, dem Bundestag, sowie dem Europäischen Parlament sich am 27. und 28. Juni in Wiesbaden und Rüsselsheim getroffen und in aktuellen politi-

Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU und Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Georg Schmid, stellte fest, dass „wir wieder lernen müssen, nicht mehr Geld auszugeben als wir einnehmen“

der Arbeitsgruppe Bildung ein gemeinsames bildungspolitisches Profil der Union erarbeitet. Die FVK ist sich darin einig, dass nur ein differenziertes Schulsystem die richtige Antwort auf die unterschiedlichen Begabungen von Kindern sein kann.



schen Fragen abgestimmt. Hauptthemen waren die Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung oder die jeweiligen Haushaltsordnungen der Länder, über ein gemeinsames Profil der Union bei der Bildung, verschärfte Strafen bei Angriffen auf Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte und die finanzielle Unterstützung von SED-Opferverbänden gesprochen.

Die FVK hat sich einstimmig für die Verankerung der Schuldenbremse aus dem Grundgesetz auch in den Bundesländern ausgesprochen. „Mit der Schuldenbremse werden wir der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen gerecht. Außerdem stützt sie die Geldwertstabilität und sichert den Ländern den notwendigen politischen Handlungsspielraum. Das erfordert Mut zur Verantwortung, denn mit Sozialpopulismus lassen sich die Herausforderungen unserer Zeit nicht lösen“, sagte Wagner.

### Entschließungen der Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU vom 27. und 28. Juni 2010 in Wiesbaden und Rüsselsheim

- Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU fordert die zuständigen Gesetzgeber aller Bundesländer dazu auf, ein eigenes Neuverschuldungsverbot in ihrer Verfassung, zumindest aber in den jeweiligen Haushaltsordnungen zu verankern. Zudem spricht sich die FVK dafür aus, das Budgetrecht der Landtage so auszugestalten, dass ein solches Verbot den Normalfall einer soliden Haushaltspolitik darstellt.
- Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU hat unter Leitung des Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft, Thomas Röwekamp, in

- Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU fordert eine gesetzliche Neugestaltung des strafrechtlichen Schutzes von Polizeibeamten, Feuerwehrleuten und Rettungskräften. Polizeibeamte müssen zukünftig umfassender durch das Strafrecht geschützt werden. Zudem soll der besondere Schutz auch auf Feuerwehrleute und Mitglieder der Rettungskräfte erweitert werden.
- Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU unterstreicht ihre Bitte an die Ministerpräsidenten, eine Veränderung der Verwaltungsvereinbarung betreffend des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR zu verhandeln, damit eine angemessene Unterstützung der SED-Opferverbände aus Mitteln des Vermögens auch über investive oder investitionsfördernde Maßnahmen hinaus möglich wird.